

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	X
1. Kapitel Die Bedeutung des Europarechts	1
I. Die Europäischen Gemeinschaften	2
II. Von der EWG zur EU	3
2. Kapitel Der Vorrang des europäischen Rechts vor dem nationalen	9
I. Das Vorrangprinzip im Einzelnen	11
II. Beispiele: Die Einflussnahme des Europarechts	16
3. Kapitel Die Formen des Rechts der Europäischen Gemeinschaften	20
I. Das Völkerrecht	20
II. Das „Primärrecht“ der Europäischen Verträge	21
III. Die europäische Verordnung	23
IV. Die europäische Richtlinie	24
1. Folgen einer pflichtwidrig nicht umgesetzten Richtlinie	26
2. Der „europäische Schadenersatzanspruch“	29
3. Die nicht-ordnungsgemäße oder nicht-ausreichende Umsetzung einer europäischen Richtlinie	31
4. Die Nicht-Umsetzung gravierender Rechtsgrundsätze	32
V. Entscheidungen, Empfehlungen und Stellungnahmen	33
VI. Das europäische Gewohnheitsrecht	33
VII. Das Richterrecht des EuGH	34
4. Kapitel Die Warenverkehrsfreiheit	36
I. Einschränkung der (weiten) Dassonville-Formel	39
1. Einschränkung des Anwendungsbereichs des Art. 34 AEUV aus sozialpolitischen Gründen	40
2. Die Rechtfertigungsgründe des Art. 36 AEUV	40
3. Weitere Rechtfertigungsgründe zur Einschränkung der Warenverkehrsfreiheit („Cassis de Dijon“)	42

Inhaltsverzeichnis

4.	Die europaweite Anerkennung nationaler Produktions-Standards.	43
5.	Die Einschränkung der Warenverkehrsfreiheit aus Gründen der Medien- und Meinungsvielfalt („Familia-press“).	43
6.	Erneute Ausweitung der Rechtfertigungsgründe.	43
II.	Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	44
III.	Die Entwicklungen des europäischen Werberechts nach der Entscheidung „Keck“	45
1.	Maßnahmen eigener Art.	47
2.	Klarstellung zur Prüfungsabfolge „vertriebsbezogener nationaler Maßnahmen“	48
3.	Neue Tendenzen	49
4.	Bedeutungszuwachs der Warenverkehrsfreiheit mit der neuen Rechtsprechung des EuGH	50
5. Kapitel	Die Niederlassungsfreiheit	52
I.	Einschränkung der Niederlassungsfreiheit.	56
1.	Tätigkeiten der „öffentlichen Gewalt“ (Art. 51 Abs. 1 AEUV)	56
2.	Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit.	57
II.	Weitere Rechtfertigungsgründe.	57
III.	Anerkennung von Diplomen und Ausbildungsnachweisen.	60
IV.	Die Niederlassungsfreiheit von Unternehmen, juristischen Personen und Gesellschaften.	62
V.	„Europäisches Gesellschaftsrecht“	69
6. Kapitel	Die Arbeitnehmerfreizügigkeit.	72
I.	Der Begriff des „europäischen Arbeitnehmers“	73
II.	Die Ausweitung des Schutzes der Arbeitnehmerfreizügigkeit	74
III.	Europarecht im Verhältnis Arbeitnehmer – Arbeitgeber.	75
1.	Gleiche Einstellungschancen.	76
2.	Gleichbehandlung bei der Wiederaufnahme der Arbeit.	76
3.	Gleichbehandlung im Entgeltfortzahlungsrecht	77
IV.	Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit.	78
7. Kapitel	Die Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit.	80
8. Kapitel	Die Dienstleistungsfreiheit	87
I.	Der Begriff der Dienstleistungsfreiheit	87

II.	Die inhaltliche Abgrenzung der Dienstleistungsfreiheit von den anderen Europäischen Grundfreiheiten	88
1.	Produktwerbung der Warenverkehrsfreiheit	89
2.	Abgrenzung Dienstleistungsfreiheit und Niederlassungsfreiheit	89
III.	Der grenzüberschreitende Bezug der Dienstleistung	90
IV.	Die gerechtfertigte Eingrenzung der Dienstleistungsfreiheit	91
V.	Die weitreichenden Folgen der Dienstleistungsfreiheit.	92
9. Kapitel	Europäische Politiken.	94
I.	Der Verbraucherschutz	95
1.	Der technische Verbraucherschutz	95
2.	Der „rechtsgeschäftliche“ europäische Verbraucherschutz	97
II.	Die europäische Sozialpolitik	101
1.	Die Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte	101
2.	Die arbeitsrechtliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern (Art. 157 AEUV)	102
3.	Ausnahmen vom Grundsatz der Gleichbehandlung	106
4.	Tendenzbetriebe und der Religionsschutz	108
5.	Rechtsfolgen der Ungleichbehandlung durch den Arbeitgeber	111
6.	Das Arbeitsschutzrecht	112
7.	Das „Kollektive europäische Arbeitsrecht“	114
III.	Die europäische Wettbewerbspolitik	115
1.	Der „wirksame Wettbewerb“ – Leitbild der Europäischen Union	118
2.	Steuerung des Marktverhaltens durch das Verbot von „Kartellabsprachen“	119
3.	Die Rechtfertigung von Kartellen (Einzel- und Gruppenfreistellungen)	122
4.	Die europäische Fusionskontrolle	126
5.	Verbot des „Missbrauchs einer marktbeherrschenden Unternehmensstellung“	131
	Stichwortverzeichnis	139